

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit /  
Bundesamt für Gesundheit  
CH-3003 Bern



Geht per Mail an: [corinne.erne@baq.admin.ch](mailto:corinne.erne@baq.admin.ch)  
[dm@baq.admin.ch](mailto:dm@baq.admin.ch)

14.3.2016

**Vernehmlassung: 10.407 / 13.477 Pa. Iv. Prämienbefreiung für Kinder / KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Zu den Gesetzesänderungen im Einzelnen nimmt die BDP wie folgt Stellung:

1. Art. 16 Abs 5: BDP unterstützt Minderheit I

Nach Einschätzung der BDP führte ein separater Risikoausgleich für Kinder zu einem grossen Mehraufwand, weshalb die Minderheit I zu unterstützen ist.

2. Art. 16a Entlastung: BDP unterstützt Mehrheit

Im Sinne einer finanziellen Entlastung von Familien unterstützt die BDP die von der Mehrheit vorgeschlagenen Anpassungen der Risikoausgleichszahlungen für 19 bis 25-Jährige und 26 bis 35-Jährige. Diese Massnahme bietet mehr Raum zur Entlastung jüngerer Versicherter als bei einer Beschränkung auf die Alterskategorie 19-25.

3. Art. 61 Abs. 3: BDP unterstützt Mehrheit

Die BDP unterstützt den Mehrheitsvorschlag, welcher sicherstellt, dass sich die Entlastung der jungen Erwachsenen und der 26- bis 35-Jährigen im Risikoausgleich auch auf die Prämien auswirkt.

4. Art. 65 Abs. 1<sup>bis</sup>: BDP unterstützt Minderheit III

Mit Rücksicht auf föderalistische Grundsätze sollen die Kantone selbst über die Höhe der Prämienverbilligung entscheiden können. Deshalb und angesichts unklarer Kostenfolgen des Mehrheitsvorschlags unterstützt die BDP die Minderheit III.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Martin Landolt  
Parteipräsident BDP Schweiz

Rosmarie Quadranti  
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

## CVP SCHWEIZ

CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Kommission für soziale Sicherheit  
und Gesundheit  
CH-3003 Bern

[corinne.erne@bag.admin.ch](mailto:corinne.erne@bag.admin.ch)  
[dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch)

Bern, 14. März 2016

AmtL	GP	<del>KUV</del>	OeG	VS	R	DM	
DS	Bundesamt für Gesundheit					NPP	
DG	15. März 2016					MT	
SpD						BioM	
KOM						ASChem	
Kämp						LMS	
Int						Str	
RM						15	Chem
P+O						I+S	GStr



### Vernehmlassung: Pa. Iv. 10.407 «Prämienbefreiung für Kinder» / 13.477 «KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Revision Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Schweiz hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Dies hat jedoch seinen Preis: Die steigenden Krankenkassenprämien belasten die mittelständischen Familien. Vor allem jene, die nicht von Prämienverbilligungen profitieren. Es darf nicht dazu kommen, dass Familien mit Sozialleistungen mehr Geld zur Verfügung haben als Familien ohne. Das wäre eine verkehrte Welt. Die CVP kämpft für die Entlastung der Familien im Mittelstand. Dieses Anliegen ist für uns sehr zentral! Dementsprechend reichte 2010 Nationalrätin Ruth Humbel eine parlamentarische Initiative zur Prämienbefreiung für Kinder ein. Nachdem diese von beiden Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit 2011 angenommen wurde, hat eine Subkommission des Nationalrates die parlamentarische Initiative zusammen mit der parlamentarische Initiative Rossini „KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“ behandelt und eine Vorlage ausarbeitet.

Der vorliegende Entwurf sieht zwei Massnahmen zur Entlastung der Kinder und jungen Erwachsenen vor:

1. Die Versicherer werden bei den Risikoausgleichzahlungen für junge Erwachsene entlastet, indem sie neu nur 50 Prozent der Differenz zwischen den Durchschnittskosten aller Versicherten in den Risikoausgleich zahlen müssen. Diese Massnahme soll zu tieferen Prämien für junge Erwachsene führen. Zudem wird eine neue Alterskategorie von 26 bis 35 Jahren geschaffen.
2. Neu sollen die Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung, die in Haushalten mit unteren und mittleren Einkommen leben, um mindestens 80 Prozent verbilligt werden statt wie bisher um 50 Prozent.

Christlichdemokratische Volkspartei

Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern  
T 031 357 33 33, F 031 352 24 30,  
[info@cvp.ch](mailto:info@cvp.ch), [www.cvp.ch](http://www.cvp.ch), PC 30-3666-4

### **Bemerkungen zur ersten Massnahme**

Die CVP unterstützt die Anpassungen im Risikoausgleich für junge Erwachsene. Die Aufsichtsbehörden müssen sicherstellen, dass die Einsparungen der Versicherer bei den Risikoausgleichzahlungen effektiv zu tieferen Prämien für junge Erwachsene führen. Die CVP sieht aber keinen Mehrwert bei der Schaffung einer neuen Alterskategorie von 26 bis 35 Jährige und lehnt dementsprechend diese Massnahme ab.

### **Bemerkungen zur zweiten Massnahme**

Die neue Prämienverbilligung von mindestens 80 Prozent für Kinder begrüsst die CVP, auch wenn das ursprüngliche Ziel der Partei eine gänzliche Prämienbefreiung der Kinder und damit eine Entlastung mittelständischer Familien nicht erreicht wird. Immerhin werden Familien in unteren- und mittleren Einkommensschichten stärker entlastet.

Die CVP lehnt eine Prämienverbilligung von 80 Prozent für junge Erwachsene in Ausbildung ab. Alle Jugendlichen bekommen mit dieser Vorlage eine generelle Prämienreduktion, im Gegensatz zu den Kindern. Eine „doppelte“ Entlastung für Jugendliche ist dementsprechend nicht angezeigt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay  
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement  
des Inneren EDI  
Bundesamt für Gesundheit  
3003 Bern

Bern, 23. Februar 2016 / AOE  
Änderung Prämienkategorien

## 10.407 / 13.477. Parlamentarische Initiativen „Prämienbefreiung für Kinder“ / „KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Anhörung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

*FDP.Die Liberalen* unterstützt das Ziel, KVG-Prämien über die Altersgruppen risikogerechter auszugestalten. Die vorgeschlagene Regelung für die Altersklassen 19-25 und 26-35 würde Familien in der obligatorischen Krankenversicherung finanziell entlasten und damit einen wichtigen Beitrag an die Generationensolidarität innerhalb der Sozialwerke leisten. Die damit verbundenen Erhöhungen der Prämien ab 36 Jahren können, wo die Kantone dies wünschen, mit den freiwerdenden Mittel aus den Prämienverbilligungen aufgefangen werden. Die zusätzlich vorgeschlagene kantonale Vorgabe, die Prämien für untere und mittlere Einkommen um mindestens 80% zu verbilligen, lehnt die FDP aber angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen (Budgets, Demographie) ab.

### 1. Angepasster Risikoausgleich für die Gruppen der 19 bis 25 und 26 bis 35-Jährigen

Die FDP unterstützt die vorgeschlagenen Anpassungen der Risikoausgleichszahlungen für 19 bis 25-Jährige und 26 bis 35-Jährige. Die Einführung der Kategorie „26 – 35-Jährige“ bildet eine weitere Abstufung hin zu risikogerechteren Prämien und entlastet die ohnehin schon belastete Solidarität zwischen den Versicherten. Der Generationenvertrag sollte nicht noch weiter strapaziert werden. Deshalb stimmt die FDP dem Vorentwurf der SGK-N zu und lehnt die Forderung der Minderheit II ab.

### 2. Risikoausgleich für Kinder

Die FDP steht der Einführung eines Risikoausgleichs für Kinder kritisch gegenüber. Gemäss Rückfrage bei der „Gemeinsamen Einrichtung KVG“ wäre ein zusätzlicher Risikoausgleich mit erheblichem Zusatzaufwand (Datenerhebungen, Berechnungen etc.) sowie entsprechenden Kosten verbunden. Bei der Einführung eines Risikoausgleichs unter Kindern wäre es aber wichtig, dass sich Kosten und Nutzen die Waagschale halten. Die FDP unterstützt deswegen die Minderheit I.

### 3. Verbilligung der Prämien um mindestens 80%

Die Erhöhung der Prämienverbilligung für Kinder und junge Erwachsene für untere und mittlere Einkommen auf *mindestens* 80% lehnt die FDP ab. Eine derart hohe Verbilligung löst gemäss erläuterndem Bericht Mehrkosten in nicht-bezifferbarer Höhe für die Kantone aus - eine kostenneutrale Umsetzung ist nicht möglich. Zudem wird die Prämienbelastung für die Altersgruppen der 19 bis 25 und 26 bis 36-jährigen bereits im Rahmen dieser Vorlage gesenkt. In finanziell schwierigen Zeiten sollten die Kosten nicht noch zusätzlich erhöht und ein gewisser Spielraum für die Kantone gewahrt werden.

Die Kantone sollen frei entscheiden können, ob sie mit den Einsparungen höhere Prämienverbilligungen finanzieren wollen, oder ob sie die eingesparten Gelder anders einsetzen. Die FDP unterstützt deswegen Minderheit III.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Der Präsident



Philipp Müller  
Ständerat

Der Generalsekretär



Samuel Lanz



Office fédéral de la santé publique  
Corinne Erne  
Surveillance des assurances  
3003 Berne

Envoi par courriel : [corinne.erne@bag.admin.ch](mailto:corinne.erne@bag.admin.ch) et  
[dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch)

Berne, le 22 janvier 2016

**10.407 / 13.477 lv. pa. Exonérer les enfants du paiement des primes  
d'assurance-maladie / LAMal. Révision des catégories de primes enfants,  
jeunes et jeunes adultes  
Procédure de consultation**

Monsieur le Président  
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant l'avant-projet de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national (CSSS-N) visant à mettre en œuvre les initiatives parlementaires citées sous rubrique ainsi que de nous avoir transmis les documents y afférents.

**Appréciation générale**

Depuis plusieurs années, le Parti socialiste suisse (PS) s'engage en faveur d'un système de santé qui permette un accès pour toutes et tous à des prestations de qualité et à un prix abordable. En Suisse, les dépenses globales de la santé sont passées de 49,2 à 69,2 milliards de francs entre 2003 et 2013. Cela correspond à 10,4% du PIB en 2003 et 10,9% en 2013, ce qui signifie que les coûts de la santé ont crû un peu plus fortement que la croissance de l'économie durant cette période. Ces évolutions se sont aussi répercutées en partie sur l'assurance-maladie obligatoire. En 2003, les dépenses pour l'assurance obligatoire des soins (AOS) s'élevaient à 16,8 milliards, contre 24,9 en 2013. Par conséquent, les primes financent aujourd'hui environ 37% des dépenses totales de la santé (contre 34% en 2003). L'augmentation des dépenses de l'AOS s'est avant tout répercutée sur les moyens et bas revenus. Le dernier monitoring de l'Office fédéral de la santé publique sur les réductions individuelles des primes rend d'ailleurs compte de l'augmentation de la charge des primes sur le budget des ménages à faibles revenus. Ainsi entre 2010 et 2014, la part de la prime par rapport au revenu disponible après réduction de la prime est passée de 10 à 12%. Aux yeux du PS, il est donc absolument urgent de revoir le système de financement de l'AOS afin que la charge des primes qui pèse sur les ménages ne dépasse pas les 10% de leur capacité économique. En ce sens, nous percevons les intentions de la CSSS-N dans le cadre de cet avant-projet comme un

Parti socialiste  
suisse

Spitalgasse 34  
Case postale · 3001 Berne

Téléphone 031 329 69 69  
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch  
www.pssuisse.ch



pas allant dans la bonne direction. Nous accueillons favorablement le dispositif soumis à notre appréciation sous réserve des modifications proposées ci-dessous.

Certes les deux mesures principales proposées, à savoir l'adaptation de la compensation des risques pour les jeunes adultes et la réduction minimale plus importante des primes pour enfants et pour jeunes adultes en formation, permettront d'alléger quelque peu la charge financière des familles dans l'AOS. Nonobstant, le PS regrette que la commission ne se montre pas plus résolue à prendre des mesures qui aillent plus loin, dans l'esprit de l'initiative parlementaire de la Conseillère nationale Ruth Humbel. En effet, une exonération complète des enfants du paiement de la prime de l'assurance-maladie aurait été bien plus efficace pour alléger le budget des familles dans l'AOS. Pour le reste, il s'agissait également d'un souhait de la CSSS-E en donnant suite à l'initiative, qui recommandait de chercher une solution au moyen du système de la réduction individuelle des primes plutôt qu'au travers d'un report de la charge sur les primes des adultes. A ce titre, le PS prône une harmonisation au niveau national et une extension substantielle des systèmes de la réduction individuelle des primes afin d'apporter une vraie réponse à leur augmentation fulgurante et de supprimer les inégalités de traitement des assuré-e-s d'un canton à l'autre. De cette manière les fortes disparités entre les cantons quant à la charge représentée par les primes après réduction pourraient être éliminées.

Enfin, au chapitre des remarques générales, le PS tient à relever un élément abordé de manière quelque peu trompeuse à ces yeux par le rapport explicatif – tout du moins dans le condensé. Ainsi ce dernier rend compte du fait que la compensation des risques a eu des conséquences négatives sur le montant des primes des jeunes adultes, lesquelles se sont renchériées. Le PS ne nie pas cet état de fait, mais il sied de souligner ici que, si la compensation des risques a dû être instaurée, c'est en raison de la sélection des risques agressive à laquelle s'adonnent les caisses-maladie et qui pousse les jeunes et les personnes en bonne santé à choisir des franchises plus élevées afin d'obtenir des rabais plus importants sur leurs primes. Ces pratiques ont été clairement nuisibles au système de la LAMal fondé sur le principe de solidarité si bien qu'une correction était devenue indispensable pour éviter que les personnes malades souffrent d'une charge financière trop lourde.

## **Commentaire des dispositions**

### *Art. 16, al. 5 : Introduction d'une compensation des risques entre les enfants*

A l'heure actuelle, la compensation des risques concerne uniquement les assuré-e-s adultes de l'effectif de chaque assureur. De ce fait, les assureurs ne versent aucune redevance de risque pour les enfants, ni ne reçoivent de contribution de compensation. L'idée était de ne pas faire payer aux enfants des contributions de solidarité en faveur des adultes. Toutefois, il existe aussi de nettes différences de coûts dans ce groupe d'assuré-e-s selon le recours aux prestations. Les exemples présentés dans le rapport sont frappants : en moyenne un enfant âgé entre 0-18 ans et qui n'effectue pas de séjour en hôpital engendre des coûts annuels moyens variant entre 867 et 910 francs. Par contre, les enfants qui subissent un traitement et qui séjournent en hôpital occasionnent quant à eux des coûts moyens allant de 3'709 à 4'442 francs par année.



Il n'est, par conséquent, pas exclu que, compte tenu de l'affinage de la compensation des risques chez les adultes, les caisses-maladie se mettent à chasser de manière plus intensive les bons risques chez les enfants. Pour cette raison, le PS soutient l'introduction préventive d'une telle compensation des risques, pour autant qu'elle demeure uniquement dans cette catégorie et que les enfants ne soient pas contraints de payer eux aussi des redevances de risque en faveur des assuré-e-s adultes. Partant, le PS rejette la minorité I (Bortoluzzi, Borer, Clottu, de Courten, Frehner, Parmelin, Stahl).

*Art. 16a et art. 61, al. 3 : Allègement consenti aux assuré-e-s âgé-e-s de 19 à 35 ans*

Actuellement, les sommes de la compensation des risques résultent de la différence entre les coûts moyens du groupe de risque et les coûts moyens de l'ensemble des assurés d'un canton donné (de 18 ans et plus). Lorsque les coûts moyens d'un groupe de risque (par ex. les jeunes de 18 à 25 ans) sont inférieurs à la moyenne, les assureurs versent une redevance de risque. Inversement, lorsque les coûts d'un groupe de risque sont supérieurs, l'assureur obtient une contribution de compensation.

Dorénavant, la commission propose d'adapter la compensation des risques de manière que les assureurs ne paient plus que 50% de la différence entre les coûts moyens de l'ensemble des assuré-e-s et ceux de l'ensemble des jeunes adultes de 19 à 25 ans (au lieu de 100% aujourd'hui). Et puis, l'avant-projet prévoit un allègement de 20% des sommes payées au titre de la compensation de risques par les assureurs pour les personnes âgées de 26 à 35 ans. D'autre part, selon l'art. 61, al. 3 les assureurs seraient tenus de fixer des primes moins élevées chez les jeunes adultes de 19 à 25 ans ainsi que chez les adultes de 26 à 35 ans. Toute chose étant égale par ailleurs, cela se traduirait en théorie, pour le premier groupe, par une diminution de la prime de 92 francs par mois, tandis que le second bénéficierait d'un allègement de 29 francs par mois. En revanche, les assuré-e-s de 36 ans et plus verraient leurs primes mensuelles augmenter de 19 francs.

Dans les faits, l'allègement prévu pour les personnes âgées de 26 à 35 ans revient à former une nouvelle catégorie d'âge au sein des assuré-e-s adultes. Le PS se prononce fermement contre la création de cette catégorie dans les primes. Les caisses-maladie pourraient affûter leurs instruments en vue d'un renforcement de la sélection des risques. Cela affaiblirait dangereusement le principe de solidarité reposant sur la prime unique chez les adultes et ancrerait progressivement dans la LAMal un système basé sur le risque, ce qui serait inacceptable pour une assurance sociale obligatoire à nos yeux, en plus d'aller à l'encontre des intentions des auteur-e-s des initiatives parlementaires.

Pour toutes ces raisons, le PS rejette catégoriquement la réglementation voulue par une majorité de la commission et recommande vivement d'adopter la proposition de la minorité II (Schmid-Federer, Carobbio Guscetti, Fridez, Heim, Ingold, Rossini, Schelbert, Schenker Silvia, Steiert, van Singer, Weibel). En plus de compliquer inutilement le système de l'assurance-maladie, la proposition de la majorité pourrait ajouter une pierre d'achoppement à la réussite du projet. Selon la minorité II, seuls les montants de la compensation des risques des jeunes adultes de 19 à 25 ans seraient allégés, et ce de 50%. Au bout du compte, cela conduirait à une diminution de la prime de cette catégorie allant de 17 à 26%.



La prime des assuré-e-s de 26 ans et plus subirait une augmentation de 10 francs par mois en moyenne.

*Art. 65, al. 1<sup>bis</sup>: Réduction des primes pour enfants et pour jeunes adultes en formation*

Les dispositions prévues à l'art. 16a liées à l'allègement des sommes versées au titre de la compensation des risques pourraient générer des économies pour les cantons au niveau de la réduction individuelle des primes de l'ordre de 70 à 75 millions de francs. Selon l'avant-projet, les cantons seront tenus de garder cet argent dans le système et d'en faire profiter les familles ayant des enfants et des jeunes adultes en formation avec un revenu bas ou moyen. Ainsi, les primes de ces deux catégories d'âge devraient désormais être réduites d'au minimum 80% au lieu de 50% actuellement.

Le PS juge ces directives positives quoiqu'elles soient trop timides. Il préconiserait par exemple une abolition de la prime enfant et un aménagement de la réduction individuelle des primes tel qu'il limiterait la charge de l'AOS à 10% de la capacité économique des ménages. C'est dans cet esprit que nous rejetons la minorité III (Bortoluzzi, Borer, Clottu, de Courten, Parmelin, Stahl) puisque de fait, elle provoquerait un démantèlement des prestations cantonales en la matière.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste  
suisse

Christian Levrat  
Président

Jacques Tissot  
Secrétaire politique

Kommission für soziale Sicherheit und  
Gesundheit des Nationalrats  
Ignazio Cassis, Kommissionspräsident  
Bundeshaus  
3003 Bern

Bern, 15. März 2016

**Parlamentarische Initiative „Prämienbefreiung für Kinder / KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“**

**Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne äussern wir uns wie folgt:

**Aus Sicht der SVP ist diese Gesetzesänderung abzulehnen. Durch diesen grossen Einschnitt ins bestehende System mit der gleichzeitigen Änderung bei zwei Alterskategorien kommt es zu einem übermässigen Anstieg der Prämien bei Personen über 35 Jahren. Dadurch dürfte sich auch die politische Durchsetzbarkeit als schwierig erweisen. Insbesondere von jenen Altersgruppen über 36 Jahren, die ohne Gegenleistung deutlich mehr Prämien bezahlen müssten, ist mit starkem Widerstand zu rechnen. Viele Familien würden zudem keinen Nutzen aus diesen Veränderungen ziehen, denn während sie zwar für die Kinder keine Prämien mehr bezahlen, müssen sie selber u.U. höhere Prämien ausrichten. Hinzu kommt, dass die Prämien für Kinder bereits heute sehr tief angesetzt sind.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Toni Brunner  
Nationalrat



Martin Baltisser



Kommission für soziale Sicherheit und  
Gesundheit  
CH-3003 Bern

corinne.erne@bag.admin.ch  
dm@bag.admin.ch

Bern, 14. März 2016

**10.407 / 13.477 Pa. Iv. Prämienbefreiung für Kinder / KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene  
Stellungnahme Schweizerischer Gemeindeverband**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 23. November 2015 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit uns aus Sicht der rund 1'600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Die Vorlage hat zum Ziel, Familien in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung finanziell zu entlasten. Einerseits ist eine Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vorgesehen. Andererseits sollen die Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung, die in Haushalten mit unteren und mittleren Einkommen leben, stärker verbilligt werden. Die Prämienlast besonders für junge Erwachsene zwischen 19-25 Jahren ist seit 2002 stark angestiegen. Vor dem Hintergrund, dass die meisten Jugendlichen unter 20 Jahren noch in der Ausbildung sind und deren Eltern für die Prämien aufkommen, belastet dies zahlreiche Familien.

Der Schweizerische Gemeindeverband begrüsst die Stossrichtung der Vernehmlassungsvorlage. Heute tragen die Familien ein grösseres Armutsrisiko als der Bevölkerungsdurchschnitt. Davon sind Haushalte mit nur einem Elternteil und Familien mit vielen Kindern besonders stark betroffen. Auch wenn die skizzierten Massnahmen die Gemeinden nicht direkt tangieren, ist die kommunale Ebene interessiert daran, diese Familien zu entlasten. Denn gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten, wenn die Rahmenbedingungen nicht ausreichen, sind die Gemeinden mit den Folgen konfrontiert, insbesondere im Rahmen der Sozialhilfe. Auf eine weiterführende Stellungnahme verzichtet der Schweizerische Gemeindeverband.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gemeindeverband**

Präsident

Direktor

Ständerat

Reto Lindegger

Parlamentsdienste  
Sekretariat der Kommissionen für soziale  
Sicherheit und Gesundheit  
Bundeshaus  
3003 Bern

[corinne.erne@bag.admin.ch](mailto:corinne.erne@bag.admin.ch)  
[dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch)

Bern, 12. Januar 2016

**Pa. Iv. 10.407/13.477 «Prämienbefreiung für Kinder» / «KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Stv. Direktor



Martin Tschirren